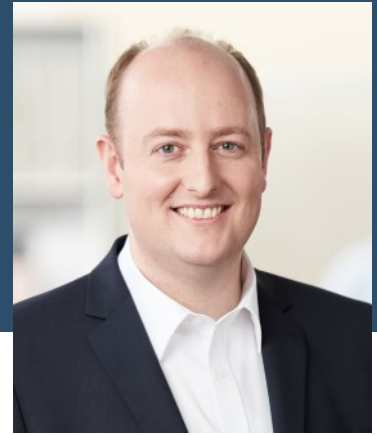


# Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 03/21

12.02.2021



Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Regierungserklärung zu den Corona-Beschlüssen vom Mittwoch im Plenum des Deutschen Bundestages © Bundesregierung/ Jesco Denzel

## Regierungserklärung zur Pandemie

In einer Regierungserklärung hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag Fehler bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie eingeräumt. Die erste Welle im Frühjahr 2020 habe Deutschland weit weniger hart getroffen als viele andere Länder, sagte die CDU-Politikerin im Deutschen Bundestag. Aber auf die Anzeichen der zweiten Welle habe man nicht früh und konsequent genug reagiert. „Wir waren nicht vorsichtig genug und nicht schnell genug“, sagte sie. Merkel betonte, dass in den vergangenen Wochen viel erreicht wurde. „Doch die Virus-Mutationen sind die größte Gefahr, alles Erreichte wieder kaputt zu machen.“ Merkel verteidigte damit die Beschlüsse von Bund und Ländern vom Mittwoch. Demnach sollen die derzeitigen Einschränkungen bis zum 7. März verlängert werden. Ausnahmen gibt es für Kitas, Grundschulen und Friseure, die früher wieder öffnen dürfen. Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus forderte, aus der Corona-Krise zu lernen. „Wir brauchen eine Impfstrategie für das Jahr 2022 sowie eine unabhängige Impfstoffproduktion in Europa“, sagte er. Brinkhaus forderte außerdem ein aktiveres Katastrophenmanagement. „Wir müssen uns intensiver mit Katastrophenvorsorge beschäftigen und Katastrophen üben, damit wir besser klar kommen.“

### Datenstrategie: Wirtschaftsstandort langfristig sichern

Ein großes Thema war auch die Datenstrategie der Bundesregierung. „Gerade Corona hat gezeigt: Ohne Datenaustausch zwischen Kliniken weltweit hätte es keine so schnelle Impfstoffentwicklung und keine neuen Therapieansätze gegeben“, sagt Matthias Hauer MdB. „Mit der Datenstrategie haben wir einen Fahrplan, wie wir in Zukunft in Wirtschaft und Wissenschaft vorn bleiben können und Daten verantwortungsvoll nutzen.“ Die Strategie beinhaltet 240 Maßnahmen und soll u.a. Freiräume für Forschung, neue Geschäftsmodelle und Kooperationen schaffen. Die Verwaltung soll Vorreiter bei der Digitalisierung werden. Ein wesentlicher Teil beschäftigt sich zudem mit dem Thema Datenkompetenz. „Wichtig sind auch die Menschen, die mit den Daten umgehen – hier sollten wir mehr Verantwortungsbewusstsein schaffen“, so Matthias Hauer.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Essenerinnen und Essener!

Die Corona-Maßnahmen sind bis zum 7. März verlängert worden – das haben Bund und Länder am Mittwoch beschlossen (siehe auch Artikel links). Wir dürfen nicht aufs Spiel setzen, was wir in den letzten Wochen und Monaten erreicht haben. Nichtsdestotrotz ist mir bewusst, was die weiteren Einschränkungen für viele Menschen bedeuten. Gerade auch viele Unternehmen und Selbstständige kämpfen derzeit um ihre Existenz. Ich habe mich intensiv für eine schnelle und unbürokratische Auszahlung der Wirtschaftshilfen eingesetzt. Seit dieser Woche kann man endlich die Überbrückungshilfe III beantragen (siehe auch S. 3). Die Anträge können rückwirkend ab November 2020 gestellt werden. Die ersten Abschlagszahlungen mit Beträgen von bis zu 400.000 Euro starten ab dem 15. Februar 2021.

Trotz weiterhin gültiger Kontaktbeschränkungen möchte ich mit Ihnen im Gespräch bleiben. Unter dem Motto „Mittags mit Matthias“ werde ich am kommenden Montag, den 15. Februar, auf Instagram und Facebook live von dieser Sitzungswoche berichten und Ihre Fragen beantworten. Schauen Sie gern um 12.30 Uhr herein – ich freue mich auf Sie!

Ihr

Matthias Hauer MdB

**CDU**





Matthias Hauer MdB vor der Sitzung des Untersuchungsausschusses am 11. Februar. Am Donnerstag waren u.a. DPR-Präsident Edgar Ernst und BaFin-Referatsleiter Hans Martin Lang als Zeugen geladen.

## Wirecard: Widersprüche bei BaFin-Zeugen

Der Wirecard-Untersuchungsausschuss hat am Donnerstag zuerst den Präsidenten der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR), Edgar Ernst, vernommen. Im Februar 2019 hatte die BaFin eine DPR-Prüfung der Wirecard-Bilanzen veranlasst. Ernst schilderte, dass die DPR kaum Betrugsfälle aufdecken könne, weil sie auf Mitwirkung der geprüften Unternehmen angewiesen sei. „Die BaFin wird uns erläutern müssen, weshalb sie sich dennoch an die DPR wandte, obwohl diese keine forensischen Möglichkeiten hatte“, so Matthias Hauer. Weitere Zeugen waren unter anderem Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir aus Hessen und BaFin-Mitarbeiter Hans Martin Lang. Referatsleiter Lang hatte auf eine Anfrage der Bezirksregierung von Niederbayern zur Zuständigkeit für die Geldwäschereiaufsicht über die Wirecard AG erst nach drei Monaten reagiert. Matthias Hauer wies darauf hin, dass dessen Aussage im Widerspruch zu einem von Lang selbst für die BaFin-Spitze verfassten Sprechzettel stehe. Damals benannte Lang die „seit langem angespannte Personalsituation“ in seinem Referat sowie Corona als Gründe. Auch beim zeitlichen Ablauf seiner Befassung mit Fragen der Geldwäschereiaufsicht über Wirecard verstrickte er sich in Widersprüche.

## Untersuchungsausschuss



Auch in dieser Woche tagte der Ausschuss bis tief in die Nacht.

## Staatsanwaltschaft befragt

In 18-stündiger Vernehmung am Donnerstag und über elfstündiger Vernehmung am Freitag konnten die Mitglieder des Untersuchungsausschusses einen weiteren Schritt zur Aufklärung des Wirecard-Skandals gehen. Bei den Befragungen zweier Staatsanwälte und eines BaFin-Mitarbeiters standen das Zustandekommen des Leerverkaufsverbots durch die BaFin, die Haftbefehle gegen die Wirecard-Vorstände Braun und Marsalek sowie die strafrechtlichen Ermittlungen im Vordergrund. Keine überzeugende Erklärung konnten die Staatsanwälte liefern, weshalb der Vorwurf einer angeblichen Erpressung Wirecards aus dem Umfeld der Nachrichtenagentur Bloomberg nicht kritischer hinterfragt wurde. Einen Vermerk dazu leitete die Staatsanwaltschaft an die BaFin weiter. In der Folge verfügte die BaFin ein Leerverkaufsverbot.



Wie geht es weiter mit der BaFin? Auf Drängen von Matthias Hauer MdB kam der Verwaltungsrat bereits vorzeitig am Mittwoch zu einer Sitzung online zusammen.

## Finanzaufsicht neu aufstellen

Zu einer Sondersitzung kam der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) am Mittwoch online zusammen. Als Mitglied im Verwaltungsrat hatte Matthias Hauer MdB darauf gedrängt, die ursprünglich später terminierte Sitzung vorzuziehen. „Die Schwachstellen der BaFin müssen schnellstmöglich beseitigt werden“, betont Hauer. Felix Hufeld hatte Ende Januar seinen Rückzug von der BaFin-Spitze erklärt, ebenso Vizechefin Elisabeth Roegele. Ein Bericht zum internen Kontrollverfahren für Mitarbeitergeschäfte mit Bezug zur Wirecard AG war dem Rückzug vorangegangen. Zudem liegen Ergebnisse einer Untersuchung zur Aufsichtsstruktur der BaFin vor, die die Unternehmensberatung Roland Berger durchgeführt hat. Flankiert wird die BaFin-Reform durch gesetzliche Änderungen im geplanten Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität (FISG), für das Matthias Hauer in der Unionsfraktion zuständig ist.



# Essen

## Digitale Bürgersprechstunde



Hinter den Kulissen: Matthias Hauer während des Livestreams

### Live-Dialog auf Instagram

Am 2. Februar hat eine digitale Bürgersprechstunde des Bundestagsabgeordneten Matthias Hauer stattgefunden. Über Instagram hat Matthias Hauer in einem Livestream von seiner Arbeit im Untersuchungsausschuss Wirecard berichtet und Fragen der Zuschauerinnen und Zuschauer beantwortet. „Kontaktbeschränkungen sind weiterhin wichtig, deshalb sind Livestreams eine Möglichkeit für den direkten Dialog“, so Matthias Hauer. In Zukunft wird der Bundestagsabgeordnete regelmäßig über Instagram und Facebook im Livestream von den Sitzungswochen in Berlin berichten sowie zu Themen aus Essen Stellung nehmen. Die Termine für die Livestreams werden über die sozialen Medien angekündigt. Ende Februar wird er als Gast in den Podcasts „Die Wirtschaftsreporter – Der Podcast aus NRW“ und „Gegenwartsgeplapper“ zu hören sein.



„Ich bin Matthias Hauer und ich werde mich dafür einsetzen, dass der Kampf gegen Krebs oberste Priorität erhält“, so lautet das Statement des Bundestagsabgeordneten zum Weltkrebstag.

## Krebsbekämpfung muss Priorität erhalten

Am 4. Februar hat zum 21. Mal der Weltkrebstag unter dem Leitspruch #IchBinUndIchWerde stattgefunden. Auch in diesem Jahr hat Matthias Hauer MdB an der Aufklärungskampagne der Deutschen Krebshilfe teilgenommen. „Jedes Jahr erkranken in Deutschland 510.000 Menschen neu an Krebs – Tendenz steigend. Deshalb setzte ich mich dafür ein, dass der Kampf gegen Krebs oberste Priorität erhält“, erklärt der Bundestagsabgeordnete. Über vier Millionen Menschen leben mit der Krankheit. Rund 40 Prozent aller Krebsfälle könnten durch eine gesunde Lebensweise vermieden werden. Die Deutsche Stiftung zur Erforschung von Krebskrankheiten (DeSEK) hat ihren Sitz in Essen. Sie treibt die Krebsgrundlagenforschung gemeinsam mit dem Institut für Zellbiologie (Tumorforschung) – kurz IfZ genannt – am Universitätsklinikum voran. „Das IfZ hat mit seiner Grundlagenforschung bereits zahlreiche Erkenntnisse für die Krebsbekämpfung erbracht. Es ist ein Aushängeschild für Essen als bedeutender Medizin- und Gesundheitsstandort in Deutschland“, schildert Matthias Hauer. Auf Einladung des Kuratoriums der DeSEK wird der Bundestagsabgeordnete am 10. Mai das IfZ besuchen.

## Unternehmen auf Hilfe angewiesen

In der vergangenen Woche fanden pandemiebedingt viele Termine digital statt. Wie viele andere auch, hat Matthias Hauer MdB deshalb oft aus dem Homeoffice gearbeitet. Ein zentrales Thema ist der Lockdown, der viele Unternehmen vor sehr große Herausforderungen stellt. Matthias Hauer hat dazu Gespräche mit verschiedenen kleinen und mittelständischen Unternehmen geführt. Zudem hat er sich mit Oberbürgermeister Thomas Kufen und der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft (EWG) über die Wirtschaftshilfen ausgetauscht. „Der Lockdown ist eine wichtige Maßnahme zur Pandemiebekämpfung. Darum muss den Unternehmen, die davon betroffen sind, schnell und nachhaltig geholfen werden“, erklärt Matthias Hauer. Der Bundestagsabgeordnete hat sich mehrfach für eine Beschleunigung der Auszahlungen eingesetzt. Seit dem 10. Februar können Unternehmen die Überbrückungshilfe III online beantragen.



Seit Monaten finden zahlreiche Termine digital statt – hier nimmt Matthias Hauer an einer Videokonferenz aus dem Homeoffice teil.

# Kontakt



## Büro Berlin

Deutscher Bundestag  
Matthias Hauer MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169  
Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin (v.l.): Alexandra Zins,  
Cornelius Gerster, Dirk Stahns und Katrin Arnholz  
© Deutscher Bundestag/Inga Haar



## Büro Essen

Matthias Hauer MdB  
Blücherstr. 1  
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100  
Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen (v.l.): Britta Kremer,  
Najma Yari und Felix Paul. © Renate Debus-Gohl

E-Mail: [matthias.hauer@bundestag.de](mailto:matthias.hauer@bundestag.de)

Facebook: [facebook.com/matthiashauer.cdu](https://facebook.com/matthiashauer.cdu)

Instagram: [instagram.com/matthias.hauer.mdb](https://instagram.com/matthias.hauer.mdb)

Twitter: [twitter.com/MatthiasHauer](https://twitter.com/MatthiasHauer)

Internet: [matthias-hauer.de](http://matthias-hauer.de)

